

V0255/22

Kriminalprävention in Planung und Bau von Kitas und Schulen
-Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 18.03.2022-

Antrag:

die ödp-Stadtratsgruppe stellt hiermit folgenden **Antrag**:

Ab sofort werden kriminalpräventive Maßnahmen zum Schutz von Menschen und Sachwerten in Kitas und Schulen der Stadt in Planung und Bau weitestgehend verbindlich und überprüfbar zur Vorgabe gemacht.

Dazu ist es notwendig, von Anbeginn alle beteiligten Ämter und Dienststellen der Verwaltung und ggf. Planungsbüros, sowie die Expertise eines Technischen Risikomanagers (nach DIN VDE V 0827) einzubeziehen.

Begründung des Antrags:

Zu jeder Zeit wollten und wollen Eltern und kommunal Zuständige in Jugend- und Sozialverantwortlichkeit Kinder, Jugendliche, Heranwachsende und andere Schutzbefohlene in Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen in Sicherheit wissen. Um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, **ist es nicht notwendig, diese Einrichtungen zu Festungen auszubauen.**

Wir sind aber der Auffassung, dass ein Recht darauf besteht, dass bereits in der Planung derartiger Einrichtungen ein „verhältnismäßiges Maximum“ an technischer Sicherheit Berücksichtigung finden muss.

In unserer Stadt werden aktuell mehrere Schulen geplant, bzw. befinden sich bereits in fortgeschrittenen Planungs- und Baustadien. Es bieten sich daher durchaus noch Möglichkeiten, einzugreifen, um u.a. folgende Empfehlungen¹ zu berücksichtigen:

- Identifikation der Nutzenden herstellen
... durch eine an den praktischen Bedarfen orientierte Planung das Gefühl für Verantwortlichkeit und Eigentum stärken
... kontinuierliche Einbindung der Nachbarschaft kann zu stärkerer Identifikation und damit zu höherer informeller sozialer Kontrolle führen
- Durchführung folgender Maßnahmen bei der Planung
... sind allgemeine Ursachen von „günstigen Tatgelegenheitssituationen“² bekannt? ... ist der Begriff „Sozialkontrolle“³ in seiner Bedeutung für die Kriminalitätsvorbeugung bekannt?
- Außenbereich und Umgebung
... besteht Hör- und Sichtweite zu belebten Bereichen?
... stetige Pflege und Instandhaltung der öfftl. Anlage signalisiert Kontrolle und beugt Ordnungsstörungen vor
... keine weitläufigen, dicht bepflanzten Anlagen; hier: Bewuchshöhe?
... keine engen, unübersichtlichen Wegeführungen
... keine größeren Schatten- oder Dunkelzonen

¹ Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), Stuttgart, 2019

² stat. anonymisierte Daten der örtlichen Polizei anfragen; insbes. Sachbeschädigung durch Vandalismus

³ Sozialkontrolle stellt somit auch den Versuch dar, gesellschaftlich erwünschte Verhaltensweisen zu erreichen

- ... gebäudenahe, gut sichtbare und gut ausgeleuchtete Kfz.- und Fahrradabstellflächen
- ... Einrichtung von sicheren – die Inklusion berücksichtigende - An- und Abfahrtszonen
- ... Planung des Ausmaßes von so genannten „drop-on/drop-off-Zonen“
- ... Entstehung von problematischen Aufenthaltszonen verhindern
- Eingangsbereiche
 - ... Zugänge auf möglichst wenige Stellen begrenzen
 - ... den überschaubar konzipierten Haupteingang mit einem Leitsystem (Dunkelheit) versehen
 - (... ggf. kontrollierter Eingangsbereich mit kameraintegrierter Fernentriegelung)
 - ... Schließsystem mit sicherer und verwaltungsfreundlicher Nutzung
- Gebäude
 - ... sollten übersichtlich gestaltet und angeordnet sein
 - ... Bereiche, die schwer einsehbar sind, sollten vermieden werden
 - ... sollten keine Aufstiegsmöglichkeiten aufweisen
 - ... sollen keine Dunkelzonen, Nischen oder Mauervorsprünge haben
 - ... klar strukturiert konzipierte Raumzuordnungen ermöglichen auch ortsfremden Personen Orientierung
 - ... Farbleitsysteme für Nutzende, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste
- Einbruchsicherung
 - ... zum Schutz auch vor Vandalismus nach DIN EN 1627⁴
 - ... Anti-Panikschlösser (SVP) als Einbruchschutz für Flucht- und Rettungswege
 - ... speziell gesicherte Räume für hochwertige Sachen (Musikinstrumente, EDV, etc.)
 - ... Einbruchmeldeanlagen (EMA) für eine lückenlose Objektüberwachung mit dem Ziel einer rechtzeitigen Intervention
 - ... ggf. Amokschutz⁵ durch Installation von Alarmknöpfen⁶ vorsehen

Jugendhilfeausschuss	07.03.2023	Bekanntgabe
Ausschuss für Kultur und Bildung	14.03.2023	Bekanntgabe
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	16.03.2023	Bekanntgabe
Stadtrat	28.03.2023	Bekanntgabe

Stadtrat vom 28.03.2023

Stadtrat Over bedankt sich für die großzügige Unterstützung, die er seitens der Stadtverwaltung in seinem Ansinnen als ehemaliger Präventionsbeamter erhalten hat. Die beiden Aspekte technische und verhaltensorientierte Prävention sei ihm nämlich besonders wichtig. Gleichzeitig gehe es im Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe darum, beim Bau von künftigen Schulen ganz bestimmte Ausgaben zu vermeiden, da man kriminalpräventiv sehr viel schon im Vorfeld tun könne, was im Nachhinein an einer bestehenden Schule nicht mehr geändert werden könne. Weiter sei er sehr dankbar dafür, seitens des Baureferenten eine Zusage bekommen zu haben, Spezialisten hinzuzuziehen, was den kriminalpräventiven Bau von Kitas und Grundschulen anbelange. Gemeinsam mit zwei Fachleuten vom Landeskriminalamt habe man in einer kleinen Runde den Weg geebnet, um bei der Planung des Campus in Friedrichshofen am Dachsberg eine Art Blaupause zu erstellen. Diese soll

⁴ <https://www.k-einbruch.de>: Widerstandsklasse (RC)2; <https://vds.de/>: Sicherungsrichtlinien

⁵ <https://youtu.be/kiEXyPrENWl> (Was ist ein NGRS?) 2min. Video von Bosch

⁶ Siehe hierzu aber auch die Einschätzung eines Technischen Risikomanagers hins. eines NGRS (Notfall- und GefahrenReaktionsSysteme)

dafür genutzt werden, gewonnene Erkenntnisse beim Bau von künftigen Kitas und Grundschulen weiter nutzen zu können.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass auch sie an einer Evaluierung und einem weiteren Bericht interessiert sei.

Stadtrat Dr. Schickel bedankt sich bei Stadtrat Over für den Antrag, der in seinen Augen absolut wichtig und richtig sei. In diesem Kontext gilt sein Dank auch der Stadtverwaltung, insbesondere Frau Rehak, die dazu beigetragen habe, dass innerhalb eines Jahres endlich die Jugendsozialarbeit an Schulen umgesetzt worden sei. Dies sei ein Aspekt, wovon alle Schulen in Ingolstadt profitieren werden.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.